



# SACHBERICHT



## KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

**Dinner-Roundtable mit MdEP Dr. Werner Langen  
„Die politischen Prioritäten der EU aus Sicht des Europäischen  
Parlaments“  
am 8. September 2009  
im Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Werner Langen, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, präsentierte im Rahmen des „Dinner-Roundtables“ seine persönliche Einschätzung hinsichtlich der politischen Prioritäten des Europäischen Parlaments für die nächste Legislaturperiode.

Der Lissabon-Vertrag sei in den kommenden Monaten eines der zentralen Themen für die Europäische Union. Dabei sei der Ausgang des Referendums in Irland noch unklar, da die Wirtschaftskrise die Position der Kritiker verstärke. Auch in Tschechien sei der Prozess noch nicht abgeschlossen, da Präsident Václav Klaus bisher seine Unterschrift verweigere. Langen hob positiv hervor, dass die deutschen Parteien hinsichtlich des Lissabon-Vertrags auf dem pro-europäischen Kurs geblieben seien. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag bewertete er insgesamt positiv, da dadurch der Bundestag in kritischen Situationen, aufgrund der bestätigten Mitverantwortung, nicht die Schuld auf Brüssel schieben könne. Deutschland sei dadurch auch nicht geschwächt, sondern werde auch in Zukunft eine entscheidende Kraft in Europa sein.

Frankreich und Deutschland seien folglich weiterhin der Motor der Europäischen Integration, da von diesen beiden größten Mitgliedsstaaten die meisten Initiativen ausgingen. Mit Hinblick auf die Bundestagswahl im September 2009 zeigte sich Langen zuversichtlich, dass Merkel und Sarkozy Europa weiter gemeinsam vorantreiben würden. Auch Polen spiele zunehmend eine aktive Rolle, während Italien, Großbritannien und Spanien derzeit weniger zu einer positiven Entwicklung beitragen.

Langen sieht die Arbeit der EVP-Fraktion bestätigt, die Ergebnisse dieser Wahl des Europäischen Parlaments seien mehr als zufrieden stellend, trotz des Ausscheidens der Tories aus Großbritannien und der Demokratischen Bürgerpartei aus Tschechien (ODS), welche gemeinsam die neue europaskeptische Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR) gegründet hatten. Deren Zukunftsperspektive sei jedoch unsicher. Langen bezeichnete die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten (S&D) im Europäischen Parlament als den klaren Verlierer der Europawahl 2009. Hinsichtlich der Fraktion der Grünen bemerkte Langen, dass die große Mehrheit der Abgeordneten aus Deutschland oder Frankreich komme und aus den anderen Mitgliedsstaaten nur wenige. Dadurch sei eine gesamteuropäische Repräsentanz in Frage gestellt. Entgegen den Prognosen vor der Wahl hätten die Pro-Europäer

damit eine klare Mehrheit und die anti-europäischen Kräfte seien zersplittert und geschwächt.

Die nächste wichtige Personalentscheidung in den kommenden Wochen sei, ob Barroso in seinem Amt als Kommissionspräsident bestätigt werde. Für die vergangene Legislaturperiode zog Langen eine wechselhafte Bilanz der Kommission. Insbesondere bei der Finanzmarktregulierung habe sie versagt, wodurch sich die Lage weiter verschärft habe. Der Präsident der zukünftigen Kommission müsse dringend in diesem Bereich nachbessern. Zudem habe der Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Charlie McCreevy, nicht auf die Vorschläge des Europäischen Parlaments reagiert. Damit habe die Kommission das Initiativrecht ignoriert, das Prodi dem Europäischen Parlament 1999 zugesichert hatte.

In Barrosos Programmentwurf für das zweite Mandat bemängelte Langen insbesondere den Stabilitäts- und Wachstumspakt und die mangelhafte Bekämpfung der illegalen Migration. Nach Langens Einschätzung wird Barroso letztendlich die Parlamentsmehrheit erreichen, er gehe aber nicht von einem großen Vorsprung aus.

Es werde derzeit diskutiert, ob die Kommission nach dem Verfahren aus Nizza oder Lissabon gewählt werden sollte. Langen sprach sich dafür aus, nach dem geltenden Vertragsrecht, also nach Nizza, zu wählen, wodurch in der Folge die Anzahl an Kommissaren reduziert werden müsste. Dadurch würde auch eine bessere Zuordnung der Verantwortung möglich. Allgemein sei es wichtig, dass Deutschland auch in der nächsten Kommission eines der zentralen Ressorts übernehme. Zudem sei bei der Ernennung des nächsten Kommissars die CDU an der Reihe.

Das Europäische Parlament habe in den letzten Jahren zahlreiche gute Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, insbesondere wenn es die eigenen Vorstellungen ohne größere Einmischungen des Rates und der Kommission umsetzen konnte. Der gewachsene Einfluss des EP sei eine folgerichtige Entwicklung.

Der Energiestandort Europa müsse verteidigt werden, darin sieht Langen einen der Schwerpunkte des EP für die nächsten 5 Jahre. Denn eine Beschränkung auf Dienstleistungen reiche nicht aus, wie in der aktuellen Wirtschaftskrise besonders deutlich würde. Auch die Klimapolitik sei wichtig, sie müsse aber bezahlbar bleiben. Des Weiteren müsse in den Bereichen Migration, Eurostabilität und Finanzmarktregulierung nachgebessert werden. Bei letzterem müssten gesamteuropäische bzw. sogar weltweite Lösungsstrategien im Vordergrund stehen. Langen sprach sich für eine wirksamere Regulierung der Ratingagenturen und der Einführung einer Eigenbeteiligung bei Fonds aus. Das Besoldungssystem der Manager müsse überprüft werden. Eine Auszahlung von Boni auf der Grundlage von Börsenwerten müsse überdacht werden. Schließlich bedeutet die soziale Marktwirtschaft sowohl Freiheit als auch Verantwortung.

Ein Teilnehmer der Diskussion bemängelte, dass wegen der Klimapolitik die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie vergessen werde. Langen stimmte zu,

**SACHBERICHT**  
**EUROPABÜRO BRÜSSEL**  
SEPTEMBER 2009

[www.eukas.eu](http://www.eukas.eu)

dass die Industrie in Europa weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft bleiben müsse. Er räumte ein, dass die Industrie für die langfristige Planung hinsichtlich der CO<sub>2</sub>-Richtwerte auf klare Vorgaben angewiesen sei, die sich nach der Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen ergeben würden.

Ein weiterer Teilnehmer der Diskussion hinterfragte, inwieweit die Forderungen der deutschen Sozialdemokraten berechtigt seien, die auch den Anspruch erheben, den nächsten Kommissar zu stellen. Langen erteilte dieser Forderung eine Absage, denn der Anspruch auf diese Posten leite sich aus den Wahlergebnissen in den Mitgliedsstaaten ab. In diesem Zusammenhang kritisierte Langen die überproportionale Anzahl an liberalen Kommissaren, die sich beispielsweise bei der Finanzmarktregulierung als problematisch erwiesen habe.

Bezüglich der Reform des Komitologieverfahrens äußerte Langen, dass das Verfahren nicht zu einer Entmündigung des Parlaments bei wichtigen Gesetzesvorhaben führen dürfe. Es könne nicht sein, dass bei zentralen Entscheidungen vier oder fünf Abgeordnete das ganze Parlament vertreten würden.

Langen stimmte einer Teilnehmerin der Diskussion zu, dass die gemeinsamen Werte nicht vernachlässigt werden dürften und auch zum Ausdruck gebracht werden müssten, dabei habe die Osterweiterung seiner Meinung nach zu einer Rückbesinnung geführt. Auch bei internationalen Abkommen mit Drittstaaten müsse in der Zukunft verstärkt darauf geachtet werden. In dieser Hinsicht sprach sich Langen gegen einen Beitritt der Türkei aus. Zwar habe er sich als junger Abgeordneter für ein Zollabkommen mit Türkei eingesetzt, aber momentan sehe er für die EU die Notwendigkeit der Konsolidierung vor einer Erweiterung. Zudem müsse die Türkei in einigen Bereichen noch Fortschritte machen, wie etwa bei der Frage der Menschenrechte.

Olaf Ripken